

Ralf Hoffrogge

Vom Sozialismus zur Wirtschaftsdemokratie?

Ein kurzer Abriss über Ideen ökonomischer Demokratie in der deutschen Arbeiterbewegung

(aus Marcel Bois/Bernd Hüttner (Hg.): "Geschichte einer pluralen Linken", Band 3, Berlin 2011)

Bis heute wird die Unterscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus oft missverständlich auf den Gegensatz zwischen »Staat« und »Markt« und das assoziierte Gegensatzpaar »Planung« vs. »Freiheit« reduziert. Im Gegensatz zu dieser landläufigen Vorstellung spielten jedoch Freiheit und Demokratie in der Ideengeschichte des Sozialismus immer eine zentrale Rolle. Zwar gab es in der frühen Neuzeit eine ganze Reihe frühsozialistischer Utopien mit deutlich autoritären Zügen, von denen Thomas Moores »Utopia« die bekannteste und prägendste ist.¹

Die weitere Ideengeschichte des Sozialismus ist jedoch eng verbunden mit der Französischen Revolution und der Forderung, das hier gewagte demokratische Experiment auszuweiten. Der klassische Liberalismus hingegen war stets von einem gewissen Misstrauen geprägt: nicht allzu viele und vor allem nicht die besitzlosen Massen sollten an der Gestaltung der Gesellschaft teilhaben – in der Regel wurde nur erwachsenen Männern mit festem Wohnsitz und Eigentum das Wahlrecht zugestanden, oft gestaffelt nach dem Steueraufkommen wie im preußischen Dreiklassenwahlrecht. Riesige Bereiche der Gesellschaft waren von der Demokratie abgekoppelt. Der Staat war teilweise demokratisiert, aber die Wirtschaft wurde unter alleiniger Kontrolle der Besitzer von Kapital und Boden belassen. Um diese Zustände zu beseitigen, wurde daher schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht nur die Gleichheit, sondern auch eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft gefordert.

Frühsozialismus und Genossenschaftsidee

Ideen und Praktiken kollektiven und demokratischen Wirtschaftens sind weitaus älter als der Kapitalismus, erfuhren jedoch durch die sich zuspitzenden Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital eine neue Aktualität, wobei insbesondere die Genossenschaftsidee eine herausragende Rolle spielte. Der Engländer Robert Owen gilt mit seiner 1799 errichteten Musterkommune New Lanark als Begründer des modernen Genossenschaftswesens, das im Gegensatz zu lokal orientierten mittelalterlichen Vorgängern auf industrieller Produktion aufbaute und einen gesamtgesellschaftlichen Reformanspruch formulierte.² Ziel war vor allem die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitenden durch Selbsthilfe und ihre gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen Prozess. Das Streben nach Demokratie und sozialer Sicherheit wurde in der Genossenschaftsidee miteinander verbunden.

In Deutschland, wo die industrielle Entwicklung langsamer verlief als in England, wurden Genossenschaften Mitte des 19. Jahrhunderts neu diskutiert, wobei vor allem die Kontroverse zwischen dem Liberalen Hermann Schulze-Delitzsch und dem Sozialisten Ferdinand Lassalle weite Kreise zog.³ Während Schulze-Delitzsch die Genossenschaften als Mittel der Sozialreform ansah, in denen die Arbeiterinnen und Arbeiter durch Fleiß, Sparsamkeit und wirtschaftliche Vereinigung ihre soziale Lage verbessern konnten, sah Lassalle sie als ein Gegenmodell zum Kapitalismus. Er wollte die gesamte Wirtschaft auf einen genossenschaftlichen Sozialismus umstellen, wobei er vor allem auf die Hilfe des Staates setzte. Das freie Wahlrecht sollte den Arbeitenden die Macht im Staate sichern, woraufhin dann die Genossenschaften mit Staatskrediten zur herrschenden Produktionsform ausgebaut werden sollten.⁴

Während aus Schulze-Delitzschs Ideen die Genossenschafts- und Volksbanken hervorgingen, wurde Lassalle 1863 zum Gründer des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* – der ersten sozialistischen Partei in Deutschland.

1 Jean Chesmeaux und Jacques Droz: Das utopische Denken bis zur industriellen Revolution, Dt. Erstausg., Geschichte des Sozialismus; Frankfurt a. M. 1974, S. 84, 112f.

2 Werner Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, 2. Aufl., Berlin 1974, S. 34-39.

3 Axel Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, Stuttgart 2004, S. 74-78.

4 Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung: Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989, S. 45.

Klassenkämpfe und die Durchsetzung des Marxismus

Lassalle, Schulze-Delitsch und auch Robert Owen waren trotz ihrer unterschiedlichen Ziele Anhänger des Reformgedankens. Sie wollten ihren Ideen durch Information, Wahlen und der Beispielwirkung von Modellen zum Durchbruch verhelfen. Diese Reformansätze blieben jedoch in unterschiedlichen Phasen stecken: Owen scheiterte mit der Umsetzung neuer Musterkommunen in den Vereinigten Staaten. Aber auch in England zeigten sich andere Fabrikanten wenig geneigt, ihre totale Kontrolle über die Produktion aufzugeben und sein Modell zu übernehmen.⁵ An Schulze-Delitschs Ideen hatte schon Lassalle kritisiert, dass die Hungerlöhne der Arbeitenden nicht ausreichten, um Kapital für eigene Produktionsbetriebe oder andere Einrichtungen anzusammeln.⁶ Aber auch Lassalles Reformkonzept scheiterte: 1878 erließ der demokratisch gewählte deutsche Reichstag das »Sozialistengesetz«. Er verbot damit nicht nur alle sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften, sondern auch zahlreiche Selbsthilfeorganisationen und Unterstützungskassen, sofern sie sich irgendwie politisch betätigten.⁷

Immer deutlicher zeigte sich, dass die Auseinandersetzung um eine Demokratisierung der Wirtschaft keine Frage des besseren Arguments war, sondern ein Machtkampf zwischen den Eigentumsansprüchen der Besitzenden und dem Streben der Besitzlosen nach demokratischer Teilhabe und sozialer Sicherheit. Es ist daher kein Zufall, dass sich gerade in dieser Zeit eine Theorie durchsetzte, die den Klassenkampf anstelle der Reform setzte: der Marxismus. In den 1880ern setzten sich Marx' Ideen in der illegal weiterbestehenden Sozialdemokratie durch und wurden nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1891 zur offiziellen Theorie der neu gegründeten SPD.⁸ Nicht die Reform, sondern die Revolution galt nun als Mittel auf dem Weg zum Sozialismus. Allerdings kam nach der Legalisierung der Sozialdemokratie bald eine vom Parteitheoretiker Karl Kautsky vertretene ökonomistische Lesart des Marxismus auf. Kautsky betrachtete die Revolution weniger als bewussten politischen Akt denn als automatisches Ergebnis eines aus den ökonomischen Gesetzen ableitbaren Zusammenbruchs des Kapitalismus.⁹ Der Zusammenbruch wurde aus der Marxschen Krisentheorie abgeleitet. In Kombination mit der Erfahrung schwerer Wirtschaftskrisen führte diese Lektüre zu einer Betonung des Planungsgedankens in der sozialistischen Theorie. Die Demokratie wurde immer noch gefordert, aber im Geiste des fortschritts- und technikorientierten

19. Jahrhundert hoffte man immer mehr auf zentrale Leitung und Planung der Wirtschaft in einem fernen »Zukunftsstaat«.¹⁰

Ein konkretes planwirtschaftliches Modell gab es jedoch nicht. In ihrer Kritik an Owen und anderen frühsozialistischen Kommune-Experimenten des 19. Jahrhunderts hatten sich Marx und Engels immer von konkreten Utopien abgewandt. Sie forderten lediglich vage die Demokratisierung der Wirtschaft in einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«¹¹ Die konkreten Organisationsformen sollten sich ihrer Meinung nach aus der Bewegung selbst entwickeln. Damit wurde die oft sektiererische Sackgasse zahlreicher Kommune- und Genossenschaftsexperimente vermieden, in denen eine feststehende Utopie schematisch und ohne Rücksicht auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Mitglieder oder der umgebenden Gesellschaft umgesetzt werden sollte.¹² Gleichzeitig wurde jedoch so lange die Debatte über die Form einer künftigen Gesellschaft blockiert. Man vertagte diese Debatte auf einer nachrevolutionären Zukunft.

Auch die Genossenschaftsidee, welche um 1900 erneut von der Sozialdemokratie aufgegriffen wurde, war somit nicht in ein gesamtgesellschaftliches Konzept sozialistischer Wirtschaftsdemokratie eingebunden. Die neu entstehenden Genossenschaften waren hauptsächlich Konsumgenossenschaften.¹³ Sie ermöglichten den Arbeitenden Rabatte durch Großeinkäufe und eine politische Bündelung ihrer Macht als Konsumenten – aber es blieb unklar, ob und wie diese Macht politisch eingesetzt werden sollte.

5 Edmund Wilson: Der Weg nach Petersburg: Europas revolutionäre Tradition und die Entstehung des Sozialismus, München 1963, S. 81.

6 Wolfgang Abendroth: Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Heilbronn 1985, S. 88 f.

7 Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 65-69.

8 Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 98-102.

9 Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus: Die dt. Sozialdemokratie am Vorabend d. Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1974.

10 Karl Kautsky: Der Weg zur Macht, 2. Aufl., 1910 [Nachdr.] Frankfurt a. M. 1972, S. 31.

11 Marx, Karl und Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in Marx/ Engels: Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 459-493.

12 »Die Bedeutung des kritisch-utopistischen Sozialismus oder Kommunismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung. Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Beziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedesmal reaktionäre Sekten. Sie halten die alten Anschauungen der Meister fest gegenüber der geschichtlichen Fortentwicklung des Proletariats. Sie suchen daher konsequent den Klassenkampf wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln. Sie träumen noch immer die versuchsweise Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien, Stiftung einzelner Phalanstere, Gründung von Home-Kolonien, Errichtung eines kleinen Ikariums – Duodeztausgabe des neuen Jerusalems –, und zum Aufbau aller dieser spanischen Schlösser müssen sie an die Philantropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appellieren.« Ebenda, S. 491.

13 Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 114.

Krieg und Integration 1914–1918

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte die Sozialdemokratie weder die Wirtschaftsdemokratie noch die politische Demokratie durchgesetzt: Deutschland war nach wie vor eine Monarchie, der Reichstag wurde zwar demokratisch gewählt,¹⁴ hatte aber keinen Einfluss auf die Regierungsbildung oder Regierungspolitik. Die klassenkämpferische Rhetorik der damaligen SPD war nicht zuletzt auf die Konfrontation mit diesem halbabsolutistischen Staat zurückzuführen.

Als der Staat während des Ersten Weltkrieges Versuche machte, die sozialistische Bewegung zu integrieren, wurde dies insbesondere von den Gewerkschaften positiv aufgenommen. Ihre Führungsspitzen hatten sich bereits zu Kriegsbeginn von der nationalistischen Welle mitreißen lassen und ihre Mitglieder dazu aufgerufen, keine Streiks mehr durchzuführen. Als Gegenleistung erhielten sie nicht nur eine Freistellung der eigenen Funktionäre vom Kriegsdienst, sondern ab 1916 mit dem »vaterländischen Hilfsdienstgesetz« auch erstmals sogenannte Kriegsausschüsse und damit beschränktes Mitspracherecht in der Organisation der Kriegswirtschaft.¹⁵ Eine reale Machtposition war dies nicht, denn die Gewerkschaften hatten nicht nur das Streikrecht aufgegeben, sondern ihre Mitglieder verloren mit dem neuen Gesetz auch die Möglichkeit eines Arbeitsplatzwechsels ohne Zustimmung des Unternehmers. Die Arbeit wurde zum »Dienst« umgedeutet und die Löhne deckten nicht die Kosten der knappen Nahrungsmittel. Die Selbstbestimmung der Arbeitenden erreichte einen historischen Tiefpunkt.¹⁶

Aus der Perspektive der Leitungen und Funktionäre sah dies anders aus: Erstmals hatte der Staat die Gewerkschaften als Verhandlungspartner anerkannt. Gleichzeitig kamen im Kriege immer mehr planwirtschaftliche Mechanismen zum Einsatz: Rohstoffe und Material wurden zugeteilt, staatliche Aufträge steuerten die Nachfrage, auch die Lebensmittel wurden planwirtschaftlich verteilt. Rechte Sozialdemokraten und Gewerkschafter propagierten daher das neue System als »Kriegssozialismus« oder »Deutschen Sozialismus«.¹⁷ In diesem »Sozialismus« dominierte der Planungsgedanke, die Demokratie war auf die Mitsprache eines Gewerkschaftlichen Funktionsapparats verkürzt, Dissidenten drohte Gefängnis oder der Tod an der Front.

Die Neuerfindung der Räte Demokratie in der Novemberrevolution

Das Beispiel des »Kriegssozialismus« zeigt, wie technokratische Planungsphantasien und nationalistische Verblendung die Ziele des Sozialismus in sein Gegenteil verkehrten. Aus einer Idee der Befreiung wurde eine Ideologie mit dem einzigen Zweck, die Arbeitenden zur Aufrechterhaltung einer mörderischen Kriegsmaschinerie zu motivieren.

Aus dem Widerstand gegen dieses repressive Bündnis von Staat und Arbeiterorganisationen entwickelte sich jedoch 1918 eine ganz neue Synthese von Planungs- und Demokratiegedanken: die Vision der Räterepublik. Räteorganisationen gab es bereits während des Krieges, etwa in Form von basisdemokratischen Streikleitungen, die auf täglichen Versammlungen Rechenschaft über ihr Handeln ablegen mussten. Solche Räte entwickelten sich in Deutschland erstmals während der Massenstreiks im April 1917 und im Januar 1918.¹⁸ Räteähnlich organisiert waren auch die *Revolutionären Obleute*, eine gewerkschaftliche Widerstandsorganisation die als organisierender Kern der Massenstreiks wirkte.¹⁹ Sie konnten zwar keine offenen Versammlungen abhalten, rekrutierten sich aber aus Vertrauensleuten in den Betrieben.

Eine richtige Rätetheorie entwickelte sich jedoch erst nach der Novemberrevolution im Frühjahr 1919. Sie entstand nicht als ideengeschichtliche Fortsetzung der Theorien von Lassalle oder Owen – sondern als Systematisierung der praktizierten Versammlungsdemokratie in Krieg und Revolution, teilweise mit Rückgriff auf gewerkschaftliche Traditionen.²⁰ Insofern behielten Marx und Engels Recht, wenn sie das Herauswachsen der konkreten Organisation aus der geschichtlichen Entwicklung forderten. Gleichzeitig war es spätestens im revolutionären Prozess wieder Zeit, Modelle für die Zukunft zu entwerfen.

14 Jedoch nach allgemeinem Männerwahlrecht, das Frauenwahlrecht wurde erst 1919 eingeführt.

15 Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918: Berlin 1985, S. 287.

16 Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 132-135.

17 Ebenda, S. 135-137.

18 Schon während der russischen Revolution 1905 hatte es Arbeiterräte gegeben, ebenso wie in der Pariser Kommune 1871 räteähnliche Strukturen vorhanden waren. Interessant ist, dass diese Strukturen an verschiedenen Orten und Zeiten unabhängig voneinander neu entstanden.

19 Ralf Hoffrogge, Richard Müller: Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.

20 Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, S. 199-251.

Verschiedene Gruppen von der Sozialdemokratie bis hin zum AEG-Direktor Walther Rathenau legten Modelle vor, die in den verschiedensten Varianten eine Kombination von gesamtgesellschaftlicher Planung und demokratischer Teilhabe entsannen.²¹ Eines der weitgehendsten Modelle war das im Umfeld der revolutionären Obleute entworfene »Reine Rätesystem«.

Das Reine Rätesystem

Das »Reine Rätesystem« erhielt seinen Namen durch die ursprünglich propagierte Unvereinbarkeit mit dem Parlamentarismus und die Ablehnung von Unternehmerbeteiligung in den Rätestrukturen.

Sozialistische Utopie und konkrete Kampforganisation waren hier nicht getrennt, die vorrevolutionären Organisationen standen Modell für die zukünftige Wirtschaftsform.²² Gerade diese Erkämpfung der Rätestrukturen von unten nach oben sollte die Arbeiterinnen und Arbeiter darauf vorbereiten, in Zukunft die Gesamtwirtschaft planmäßig zu leiten.

Trotz seiner radikaldemokratischen Ausrichtung verstanden seine Verfechter das Modell als Umsetzung der Marxschen Formel von der »Diktatur des Proletariats«. Diktatur wurde hier als Klassenherrschaft der Arbeitenden verstanden: Nur wer ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich nützliche Tätigkeit verrichtete, war wahlberechtigt. Der Begriff Proletariat war somit rein ökonomisch gefasst: bürgerliche Intelligenz, Angestellte, Ingenieure oder Beamte wurden als »Kopfarbeiter« ausdrücklich umworben. Bürgerliche arbeiteten in Form einer Fraktion der »Demokraten« tatsächlich während der Revolution in Rätestrukturen mit, konnten aber mehrheitlich nicht für sozialistische Zielvorstellungen gewonnen werden.

Das Modell wies eine Parallelstruktur aus wirtschaftlichen und politischen Arbeiterräten auf, erstere nach Betrieben, letztere territorial gewählt. Bei den politischen Arbeiterräten war eine Pyramide aus kommunalen Räten, regionalen Räten, nationalem Rätekongress und Zentralrat vorgesehen. Sie sollten die politischen Verwaltungen vom Stadtrat bis hin zur nationalen Regierung ersetzen.

Für die wirtschaftlichen Räte entwarf man in Analogie dazu Betriebsräte, branchenbezogene Bezirksgruppenräte und allgemeine Bezirkswirtschaftsräte, darüber Reichsgruppenräte und einen Reichswirtschaftsrat. Oberste Instanz war der beiden Flügeln gemeinsame Zentralrat.

Das Modell in Reinform setzte somit die Übernahme der politischen Macht durch die Räte, die Neugliederung Deutschlands nach Wirtschaftsbezirken und die Abschaffung von parlamentarischen Strukturen voraus. Exekutive und Legislative wären nicht mehr getrennt gewesen, es hätte lediglich eine politische und eine ökonomische Selbstverwaltung gegeben. Jedoch waren in diesem Modell nur die beiden unteren Ebenen, also kommunale Räte, Betriebsräte und Bezirksgruppenräte direkt gewählt, die oberen Ebenen hingegen würden von den unteren Räten gewählt werden. Betriebsleitungen sollten gemeinsam von Betriebsrat und Bezirksgruppenrat eingesetzt werden. Sämtliche Räte sollten jederzeit wählbar und abwählbar sein.

Ungeklärt blieb beim »Reinen Rätesystem« die Kompetenzabgrenzung zwischen politischen und wirtschaftlichen Räten; die Vermittlung von Konsumenten- und Produzenteninteressen fehlte ebenso, und die Frage der Bedarfsermittlung blieb völlig ungeklärt. Somit wurde das Modell den Bedürfnissen einer ausdifferenzierten Industriegesellschaft nicht immer gerecht. Dies war vor allem durch seine Entstehungsgeschichte im politischen Kampf bedingt.

Durch die fehlende Repräsentation von Hausfrauen, Landbevölkerung und Arbeitslosen, aber auch der indirekten Wahl der oberen Räte ergab sich zudem ein gewichtiges Demokratiedefizit, die Ausbildung einer Rätebürokratie war trotz jederzeitiger Abwählbarkeit nicht ausgeschlossen.

Großer Vorzug des Modells war jedoch, dass Planwirtschaft und Arbeiterselbstverwaltung nicht als Gegensatz galten, sondern die reale Selbstbestimmung der Arbeitenden Ausgangsüberlegung war.

21 Dieter Schneider und Rudolf Kuda: Mitbestimmung: Weg zur industriellen Demokratie?, München 1969, S. 88-116.

22 Hoffrogge: Richard Müller, S. 108 ff.

Das Modell kam jedoch nie zur Verwirklichung, weil die Revolution schon während seiner Entstehung im Frühjahr 1919 mit Gewalt niedergeschlagen wurde.²³ Nachdem die revolutionären Soldatenräte auseinandergelaufen waren, hatten die Befürworter von Revolution und wirtschaftlicher Demokratie keine bewaffnete Basis mehr, um sich gegen die zunehmenden Übergriffe rechter und reaktionärer Freikorpsoldaten zu verteidigen. Diese paramilitärischen Gruppen kämpften tragischerweise im Auftrag einer sozialdemokratischen Regierung.²⁴ Die Sozialdemokratie hatte sich in jahrelanger Parlamentsarbeit an die bürgerliche Demokratie gewöhnt, in den Fabrik- und Arbeiterräten sahen sie nur einen gefährlichen Störfaktor, der die ganze Wirtschaft ins Chaos stürzen würde. Das Bild eines ökonomischen Kollaps' samt Hungersnot diente als Vorwand zur Niederschlagung der Räte, ernsthafte Versuche zur Synthese von parlamentarischer Demokratie und Rätepolitik wurden nicht unternommen. Eine zur Lösung dieses Problems eingesetzte »Sozialisierungskommission« tagte ergebnislos. Lediglich Betriebsräte als Personalvertretungen ohne Kontrolle über die Unternehmensziele wurden als Zugeständnis in die Weimarer Verfassung aufgenommen.

Wirtschaftsdemokratie 1925–1928

Die Niederschlagung der Räte am Ende der Novemberrevolution hatte erneut in tragischer Weise gezeigt, dass die Frage ökonomischer Demokratie eine Machtfrage war. Die Enttäuschung und Verbitterung über die gewaltsam herbeigeführte Niederlage führten dazu, dass in der neu gegründeten Kommunistischen Partei (KPD) als Sammelbecken der radikalen und räteorientierten Kräfte keine weiteren Überlegungen über wirtschaftsdemokratische Sozialismusmodelle mehr stattfanden. Mit Blick auf die Sowjetunion orientierte man sich stattdessen allein auf die revolutionäre Machtübernahme. Dabei fiel unter den Tisch, dass gerade in Sowjetrußland die Räte in Armee und Fabriken bereits in den Wirren des Bürgerkrieges beschnitten und schließlich ganz abgeschafft wurden.

Die zentralen Debatten zum Wirtschaftsdemokratie-Konzept fanden daher in den Jahren von 1925 bis 1928 in Sozialdemokratie und Gewerkschaften statt. Sie stützten sich auf das Heidelberger Programm der SPD von 1925, das eine vorsichtige Linkswende andeutete.²⁵ Die Revolutionsfurcht war den Sozialdemokraten geblieben, die national-autoritäre Politik der Kriegszeit jedoch nicht mehr unhinterfragt mehrheitsfähig. Gewerkschafter, kommunistische Dissidenten und ehemalige Gegner des Kriegskurses aus der USPD hatten sich zu einem linken Flügel zusammengefunden. Hier und in Teilen der Gewerkschaften wurde der Begriff »Wirtschaftsdemokratie« geprägt. Das Projekt war ein historischer Versuch, die Fehler und Versäumnisse von 1918 zu überwinden und den Sozialismus durch parlamentarische und gesellschaftliche Reformen umzusetzen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft spielte dabei eine wichtige Rolle. Im von Rudolf Hilferding maßgeblich verfassten neuen Parteiprogramm forderte man die »Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räte-systems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften. Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.«²⁶ Diese Forderung fand sich im wirtschaftspolitischen Teil des Programms und wurde in den Kontext eines »Kampfes gegen das kapitalistische System« gestellt. Der Zusammenhang zwischen bloßer »Mitbestimmung« und voller sozialistischer Arbeiterkontrolle blieb jedoch unklar.

Die Räteforderung des Programms beruhte auf dem Artikel 165 der Weimarer Verfassung von 1919. Dort hieß es:

»Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. (...) Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der *Sozialisierungsgesetze* mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.«

23 Richard Müller: Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1925, Nachdruck im Sammelband: Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution, Berlin 2011..

24 Ein Klassiker zu diesem Thema: Sebastian Haffner: Die verratene Revolution: Deutschland 1918/19, München 1969.

25 Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: ein Überblick, München 1966, S. 170f.

26 SPD: Heidelberger Programm (1925), <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm>.

Dieser Artikel wurde jedoch nie umgesetzt. Die Sozialisierung von Schlüsselindustrien fand nicht statt, die Bezirksarbeiterräte traten nie zusammen, der Reichswirtschaftsrat existierte nur als Provisorium und schrieb Gutachten. Hinzu kam ein grundsätzlicher Widerspruch: Alle Räte oberhalb der Betriebsräte sollten sozialpartnerschaftlich besetzt werden, also »in Gemeinschaft mit den Unternehmern«. Gemeint war also gerade kein reines Rätssystem oder eine wirtschaftliche Demokratie, in der alle Arbeitenden unabhängig vom Besitz ein wirtschaftliches Stimmrecht gehabt hätten. Die Debatte innerhalb von SPD und Gewerkschaften schwankte nun zwischen einer bloßen *Einforderung der verfassungsmäßigen Garantien* auf Mitbestimmung und weitergehenden, *nicht-sozialpartnerschaftlich orientierten Konzepten*. Interessanterweise setzte sich schließlich die weitergehenden Forderungen durch. Im Auftrag des Gewerkschaftsverbandes ADGB brachte Fritz Naphtali 1928 ein Buch mit dem Titel »Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel« heraus, in dem vor allem die gewerkschaftlichen Debatten zusammengeführt wurden. Die in jahrelanger Diskussion entwickelten Thesen wurden auf Gewerkschaftskongressen diskutiert und bestätigt und verstanden sich als Konkretisierung des Heidelberger Programms.

Naphtalis Wirtschaftsdemokratie-Konzept ging ähnlich wie die Genossenschaftskonzepte des 19. Jahrhunderts von einer Kritik des Absolutismus in der Fabrik aus, ergänzte sie aber um eine Kritik der zunehmend autoritären Politik in der Sowjetunion.²⁷ Im Gegensatz zur Orientierung der KPD auf Klassenkampf und revolutionäre Machtübernahme forderte die SPD einen »demokratischen Weg zum Sozialismus« und eine demokratisch-sozialistische Planwirtschaft.

Zur Erreichung dieses Ziels forderte das Konzept die Zusammenfassung einer ganzen Reihe von Teilreformen und Reformforderungen zu einer Transformationsstrategie.²⁸ Verlangt wurden etwa der Ausbau von Mitbestimmungselementen auf allen Ebenen, die Stärkung öffentlichen Eigentums, Verstaatlichungen, Ausbau von Konsumgenossenschaften und Eigenbetrieben der Arbeiterbewegung sowie Ausbau von Arbeitsrechten, sozialstaatliche Garantien und eine Demokratisierung des Bildungswesens.

Die Kombination von Verstaatlichung und Demokratisierung sah man als Weg, dem Kapital Schritt für Schritt die Verfügungsgewalt über die Produktion zu entziehen.²⁹

Als Akteure dieser Transformation sahen sich vor allem Gewerkschaften, jedoch nicht die Betriebsräte selbst, die in früheren Rätekonzepten auch als Kampforganisation aufgetreten waren. Ebenso wichtig war die Rolle der SPD als parlamentarischer Arm, sie sollte in den Parlamenten die notwendigen Reformgesetze durchsetzen. Dieses Konzept ähnelte in seinen Grundzügen sehr den Ideen Eduard Bernsteins, der Ende des 19. Jahrhunderts als großer Gegner von Rosa Luxemburgs Revolutionsvorstellungen erstmals einen offenen Reformkurs für die SPD gefordert hatte.³⁰ Er war auch der Erfinder der Formel vom »Demokratischen Sozialismus«. Im Vergleich zur Vorkriegs-SPD, die Bernsteins Thesen abgelehnt hatte, war die Wirtschaftsdemokratie also eine reformistische Rechtswende. Im Rückblick auf den nationalistisch-sozialpartnerschaftlichen Kurs der SPD-Spitze im Weltkrieg und während der Novemberrevolution erscheint das Konzept jedoch als Linkswende.

Die von Naphtali beschriebene Wirtschaftsdemokratie barg eine ganze Reihe von Widersprüchen in sich, die im Vergleich mit anderen Konzepten schnell hervortreten. So gab es etwa anders als beim »Reinen Rätssystem« keinen Platz für Betriebskämpfe und Räte: Es herrschte große Angst vor »Betriebsegoismus« und Verselbstständigung der Basis. Die bürokratischen Mittelebenen dominierten. In dieser Ablehnung von basisdemokratischen Momenten spiegelte sich die Revolutionsfurcht der SPD wider. Sie misstraute ihrer Basis und hatte eine sehr repräsentative, funktionärslastige Vorstellung von Demokratie.

Dieser Demokratisierungsdiskurs vernachlässigte gleichzeitig jede Kritik an den Funktionsformen des Kapitalismus. Das Programm verlangte eine schlichte Übernahme der Monopolbetriebe. Es fand sich wenig Kritik an der Lohnform, der Konsumentenrolle, der verselbstständigten Geldwirtschaft, der Unmöglichkeit eines unendlichen Wirtschaftswachstums – alles Widersprüche, die Marx bereits Jahrzehnte zuvor im »Kapital« analysiert hatte. Auch Zeitgenossen wiesen auf diese Widersprüche hin - am prominentesten August Thalheimer in seiner bis heute lesenswerten Broschüre "Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie" (Berlin 1928). Das ganze Konzept barg letztlich die Gefahr, dass Eigenlogiken des Kapitalismus wie Konkurrenz und Gewinnrationalität erhalten bleiben und die Wirtschaftsdemokratie durch ein Korsett von Sachzwängen faktisch ausgehebelt werden würde.

27 Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie: ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt am Main 1966, S. 15.

28 Ebenda, S. 20.

29 Ebenda, S. 24.

30 Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 118-121.

Ein zentrales Problem war auch das Staatsverständnis des Konzeptes. Wie bei Lassalle und anderen frühen Konzepten setzte es darauf, den Staat als neutrale Instanz übernehmen zu können. Marx' These vom Klassenstaat und die Jahrzehnte eigener Erfahrungen mit staatlicher Repression wurden völlig ausgeblendet.³¹ Ebenso die zeitgenössischen Weimarer Erfahrungen mit einer Staatsverwaltung, die autoritär und monarchistisch gesinnt war: Selbst demokratische Schulreformen scheiterten immer wieder am Widerstand von Verwaltung und Lehrerschaft, von sozialistischen Umwälzungen ganz zu schweigen. Angesichts dieser Zustände war die Idee von der konfliktfreien Übernahme des Staates für sozialistische Ziele letztlich illusorisch.

Der Optimismus des Konzeptes gründete sich auf eine Reihe von sozialen Reformen wie etwa die 1927 erfolgte Einführung der Arbeitslosenversicherung sowie einzelne Verstaatlichungen. Diese Erfolge wurden als historische Tendenz interpretiert, nicht als Ergebnis von prekären Kräfteverhältnissen. Wie prekär und instabil die Lage war, hatten 1920 der Kapp-Putsch und 1923 der Hitler-Putsch gezeigt: Die politische Rechte hielt sich nicht an die Spielregeln der Demokratie und war entschlossen, eine Diktatur zu errichten. Sollten diese Strömungen weitere Unterstützung durch bürgerliche Parteien, Staatsverwaltung, Industrie und Kapital erhalten, war nicht nur die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, sondern auch die Demokratie an sich gefährdet.

Wie brüchig die fortschrittsoptimistischen Annahmen des Wirtschaftsdemokratie-Konzeptes waren, zeigte sich in der Tragik der weiteren Ereignisse. Schon im Jahr nach der Veröffentlichung von Naphtali's Werk brach mit der Weltwirtschaftskrise die Ökonomie mehr oder weniger zusammen. Reform- und Verteilungsspielraum war nicht mehr vorhanden, das Kapital ging zu massiven Gegenangriffen über, um in der Krise seine Profite zu sichern. Gerade die Arbeitslosenversicherung als Prunkstück des Reformsozialismus scheiterte schon 1930, als sich im Parlament keine Mehrheit für eine notwendige Beitragserhöhung fand. Die sozialdemokratische Regierung stürzte über diesen Konflikt, mit ihr Rudolf Hilferding als Finanzminister und Vordenker des Wirtschaftsdemokratie-Konzeptes. Es folgte die Regierung Brüning, die mit Notverordnungen nicht nur autoritär regierte, sondern durch einen extremen Sparkurs auch das soziale Elend vertiefte. Diese Regierung wurde von der SPD aus Angst vor Schlimmerem toleriert. Zwar lagen zwischen Brüning und Hitler Welten: Auf eine antidemokratische Präsidialregierung folgten Krieg und Massenmord an politischen Gegnern und der Holocaust. Dennoch scheiterte bereits mit der Brüning-Regierung nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Demokratie in Weimar.³²

Genauso gescheitert war jedoch das Revolutionskonzept der KPD, die sich infolge der Stalinisierung immer mehr von der Sowjetunion abhängig gemacht hatte. Eigene wirtschafts- oder rätendemokratische Konzepte entwickelte sie nicht. Die Spaltung der Arbeiterbewegung verhalf den Nazis zu ihrer fast reibungslosen »Machtergreifung«.

Wirtschaftsdemokratie im Exil: Fritz Perez Naphtali in Israel

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie wurde nach dem Fall des Faschismus in zwei Staaten diskutiert, die gegensätzlicher kaum sein konnten: das neu gegründete Israel und die BRD der 1950er Jahre.

Die Verbindung zu Israel lag in der Person Fritz Naphtali. Er stammte aus jüdischer Familie, wurde bereits 1933 verhaftet und durch ein Täuschungsmanöver befreit. Nach der Flucht aus Deutschland ging er nach Palästina und wurde aktiv in der *Mapai*, der späteren Israelischen Sozialdemokratie, geführt von David Ben Gurion. Durch die sozialdemokratische Hegemonie nach der Staatsgründung 1948 konnten Naphtali und andere sozialistische Emigranten einige ihrer Vorstellungen tatsächlich umsetzen.

Naphtali hatte 1951–1959 verschiedene Ministerposten inne, unter anderem das Landwirtschaftsministerium. Er war der Verbündete der Kibbuz-Bewegung, die zwar nur drei Prozent der Bevölkerung umfasste, aber 40 Prozent der Landwirtschaft Israels kontrollierte.³³ Später wurde er Wohlfahrtsminister. Von 1938 bis 1949 war Naphtali Direktor der »Bank Hapoalim«, der israelischen »Arbeiterbank« gewesen.³⁴ 1921 war diese vom Gewerkschafts

31 Frank Deppe: Kritik der Mitbestimmung: Partnerschaft oder Klassenkampf? Frankfurt a. M. 1969, S. 49.

32 Dieses Fazit zog der Historiker Arthur Rosenberg schon in seinem 1935 im Exil erschienenen Standardwerk Arthur Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S. 211.

33 Zur Kibbuzbewegung und zur Israelischen Linken vgl. Mathias Lindenau: Requiem für einen Traum?: Transformation und Zukunft der Kibbutzim in der israelischen Gesellschaft, Berlin 2007.

34 Vgl. Dieter Schneiders: Fritz Naphtali – ein Lebensbild, in: Naphtali, Wirtschaftsdemokratie.

verband Histadrut gegründet worden und gehörte zeitweise zu den größten Banken des Landes. Die sozialistische Bewegung in Israel erreichte also, dass zentrale wirtschaftliche Institutionen demokratisch kontrolliert wurden und die israelische Ökonomie einen weltweit einzigartig hohen Anteil von Genossenschafts- und Kollektiveigentum auswies. Dies entsprach ziemlich genau Naphtalis Transformationsstrategie. Jedoch zeigten sich auch hier die Widersprüche des Konzeptes. In Israel gab es keine Wirtschaftsräte, Interventionen erfolgten nur durch Regierungshandeln. Der Rahmen der Wirtschaft blieb in Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierung weiterhin kapitalistisch, trotz starker kommunitärer Prägung und staatlicher Einbettung – die Transformation zum Sozialismus blieb stecken. Dies bereitete den Boden für eine Gegenoffensive des Kapitals.

Im Jahr 1977 kam erstmals eine konservative Regierung an die Macht und leitete in den 1980ern schrittweise Liberalisierungen und Privatisierungen ein. Die neoliberale Wende in Staat und Gesellschaft verstrickte die Sozialdemokratie in Defensivkämpfe, die bis heute zu einer völligen Auflösung der Errungenschaften, aber auch der sozialdemokratischen Partei selbst geführt haben.³⁵ Die Arbeiterbank Hapoalim wurde in einer Finanzkrise 1983 von Gewerkschaftseigentum in Staatseigentum überführt und 1996 komplett privatisiert.³⁶ Die Kibbuzim verloren durch eine Kombination aus Finanzkrise und Strukturwandel in der Agrarwirtschaft buchstäblich den Boden unter den Füßen – sie sind heute ebenfalls mehrheitlich privatisiert.³⁷

Es zeigte sich hier, dass der marktwirtschaftliche Rahmen in einem unvollständig durchgesetzten wirtschafts-demokratischen Konzept zur Dominanz kapitalistischer Gewinnrationalitäten führte. Kommunitäre und soziale Errungenschaften bleiben vom Markt abhängig und sind in politisch-ökonomischen Krisen durch Gegenangriffe des Kapitals umkehrbar.

Von der Wirtschaftsdemokratie zur Mitbestimmung: Betriebsräte in der BRD

In der frühen BRD wurde trotz gewerkschaftlicher Forderungen nach einer »Demokratisierung der Wirtschaft« kaum etwas von den Plänen der 20er Jahre umgesetzt.³⁸ Die Kombination aus alliierten Vorbehalten, konservativer Hegemonie unter Adenauer und gewerkschaftlicher Abneigung gegen Basisinitiativen führte trotz eines nach 1945 weit verbreiteten Antikapitalismus zu einer minimalen Sozialverfassung, die nur Betriebsräte nach Weimarer Vorbild zuließ. Das bis heute gültige Grundgesetz von 1949 enthält keinen Räteparagrafen wie noch die Weimarer Verfassung. Die Sozialdemokratie konnte lediglich die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (GG Art. 14) sowie einen allgemeinen Enteignungsparagrafen (GG Art. 15) durchsetzen. Enteignungen waren und sind »zum Wohle der Allgemeinheit« zulässig, faktisch fanden und finden sie aber nur beim Bau von größeren Infrastrukturprojekten statt, von denen zudem oft genug Kraftwerksbetreiber und andere Privatunternehmen am meisten profitieren.

Die wenigen in Landesverfassungen und ins Grundgesetz eingegangenen Vorbehalte gegen eine totale Marktwirtschaft verpufften mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ab 1950, die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um Betriebsräte und Mitbestimmung in den Jahren 1950 und 1952 wurden daher von den Historikern Dieter Schneider und Rudolf Kuda als »Kampf um die halbe Macht« bezeichnet.³⁹ Es ging um die Sicherung einer Mitbestimmung in Betriebsräten und Aufsichtsräten und somit nicht mehr um die »Ganzbestimmung« in einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung.

Dennoch konnte erst durch massive Streikdrohungen von IG Metall und DGB während der Verhandlungen über ein Betriebsrätegesetz 1950/51 die »qualifizierte Mitbestimmung« in der Montanindustrie, also bei Kohle, Stahl und Eisenindustrie, durchgesetzt werden.

35 Eine große Rolle spielt hier natürlich der fast permanente Kriegszustand durch die Eskalation des Nahostkonfliktes. Ohne in die ausufernde Diskussion über die Frage nach Verantwortung für diese Eskalation einzugehen, ist festzustellen, dass die permanenten Debatten um Patriotismus und Verteidigung in Israel über Jahrzehnte hinweg jede Diskussion über soziale Konflikte fast völlig an den Rand gedrängt hatten – mit entsprechend katastrophalen Wirkungen für die politische Linke. Erst seit den Sozialprotesten des Jahres 2011, den bisher größten in der Geschichte des Landes, zeichnet sich hier eine Wende ab. Wie dies die politische Landschaft verändern wird, ist noch nicht abzusehen.

36 Grisha Alroi-Arloser: Israel: Grundzüge des Wirtschaftssystems, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 278 (2003), S. 43.

37 Vgl. auch Lindenau: Requiem für einen Traum?

38 Die Demokratisierungsforderung fand sich in den Wirtschaftspolitischen Grundsätzen des DGB vom Oktober 1949, zu finden in: Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften: ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, 1. Aufl., Bonn 1989, S. 467-462.

39 Schneider und Kuda: Mitbestimmung, S. 179 ff.

Der zweite Kampf um das eigentliche Betriebsverfassungsgesetz 1952 scheiterte jedoch, weil Adenauer den DGB mit Scheinverhandlungen bis kurz vor die Lesung des Gesetzes hinhielt. Der DGB streikte nicht und verpasste damit auch den Kampf um die halbe Macht. Betriebsräte haben bis heute beschränkte Kompetenzen, überregionale Arbeiterräte wie etwa die österreichischen Arbeiterkammern existieren nicht. Die einzelnen Betriebsräte sind zudem auf den »Betriebsfrieden« und somit auf die Sozialpartnerschaft verpflichtet.

Mit dem Antritt der Regierung Willy Brandt gab es zwar Initiativen zur Reform dieses Modells, erstmals wurden sowohl Rätedemokratie als auch Wirtschaftsdemokratie neu diskutiert.⁴⁰ Trotz des von Brandt aufgestellten Mottos »Mehr Demokratie wagen« brachte jedoch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 keine grundsätzlichen Erweiterungen der Mitbestimmung oder gar eine wirtschaftsdemokratische Perspektive. Die Debatten darum werden bis heute fortgesetzt, auch wenn sie in der Gewerkschaftsbewegung durch zunehmende Abwehrkämpfe nicht mehr im Vordergrund stehen.⁴¹

Sozialismus, Wirtschaftsdemokratie und Klassenkampf – ein Ausblick

Beim Blick in die Geschichte wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen zeigt sich eine Radikalisierung von den ersten Genossenschaffern bis hin zum Rätsozialismus und danach wieder ein langer Abschwung über das sozialdemokratische Konzept der Wirtschaftsdemokratie hin zur bloßen Mitbestimmung. Diese Konzeptgeschichte ist eng verbunden mit den historischen Niederlagen der Arbeiterbewegung, mit verlorenen oder in unbefriedigenden Kompromissen endenden Klassenkämpfen.

Es zeigt sich, dass die Frage wirtschaftlicher Demokratie einer Machtfrage ist. Selbst weitgehende sozialpolitische Errungenschaften sind instabil und umkehrbar, solange kapitalistische Markttrationalitäten in einer Gesellschaft nicht grundsätzlich überwunden sind. Diese Überwindung ist die Kernfrage von Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie.

Eine Beantwortung dieser Machtfrage durch das Bekenntnis zu einer wie auch immer gearteten Revolution reicht jedoch nicht aus, um dieses historische Problem zu lösen. Die hier nur am Rande angesprochene autoritäre Wende des Parteikommunismus und des Realsozialismus in DDR und Sowjetunion zeigen, dass sozialistische Machtübernahme ohne Demokratisierung in einer Gesellschaftsform mündet, in der die Bevölkerung trotz gesellschaftlicher Wirtschaftsplanung von politischer und sozialer Emanzipation noch weiter entfernt ist als in manchen kapitalistischen Gesellschaften.

Die historisch als Gegenbild zur Sowjetunion entwickelten Rätekonzepte der Wirtschaftsdemokratie waren jedoch kein Allheilmittel. Sie sind in der Geschichte immer wieder zu Instrumenten eines sozialpartnerschaftlichen CoManagements gelenkt worden, wie etwa die Betriebsräte in der BRD oder die österreichischen Arbeiterkammern.⁴² Auch eine Kombination von Verstaatlichung und Räten bildet nur dann ein sozialistisches Gesamtsystem, wenn die Logik von Geld und Mehrwert durchbrochen wird, wenn also die gesellschaftliche Produktion selbstverwaltet und gebrauchswertorientiert ist.

Die Transformation dahin ist keine einfache Sache – sie erfordert mehr als Parlamentsmehrheit oder Verstaatlichung, sondern reale sozialistische Hegemonie, also einen breiten und sich vertiefenden gesellschaftlichen Konsens zur Überwindung der Marktwirtschaft. Dieser liegt aktuell in weiter Ferne. Aber umso wichtiger ist es, auch und gerade in Abwehrkämpfen sozialistische Ziele klar zu definieren, und nicht jeden irgendwie öffentlichen Eingriff schon als soziale oder sozialistische Maßnahme zu beschönigen. Gerade wenn es ums »kleinere Übel« geht, ist es wichtig, sich nicht in der kapitalistischen Systemlogik zu verlieren, sondern Gegenutopien denken zu können.

40 Es gab zahlreiche Veröffentlichungen mit tagespolitischem Bezug, etwa: Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution: eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2. Aufl., Berlin 1976; Dieter Schneider und Rudolf Kuda: Arbeiterräte in der Novemberrevolution: Ideen, Wirkungen, Dokumente, Frankfurt a. M. 1968; Vgl. dazu u. a. Deppe: Kritik der Mitbestimmung.

41 Vgl. Alex Demirovič: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven, Münster 2007; Ders: Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften. In: Widerspruch, Heft 50 (Zürich 2006) sowie Ulla Plener, Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Wege zur Sozialen Gerechtigkeit, Berlin 2006.

42 Was natürlich nicht heißt, dass in Betriebsräten oder Arbeiterkammern sozialistische Politik unmöglich ist – auch diese »halbe Macht« der Mitbestimmung ist eine Machtposition, die politisch genutzt werden kann und gerade für Abwehrkämpfe unverzichtbar ist.